



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Postzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Veranmeldungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Das Endziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

Bekanntlich ist der vornehmste Zweck der Gewerkschaft, dem Arbeiter einen möglichst hohen Gewinnanteil an Produktionsergebnis zu verschaffen. Dieses Streben ist der wichtigste Teil der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Diese Lohnpolitik kann sich jedoch nur in den Bahnen bestimmter volkswirtschaftlicher Geze bewegen. Denn auch bei Anwendung aller gewerkschaftlichen Nachmittel ist selbst im Falle des jedesmaligen Gelingens eines Lohnkampfes der Aufwärtsbewegung des Lohnes eine bestimmte Höchstgrenze vorgeschrieben. Der Lohn kann nämlich nie höher steigen, als der wirtschaftliche Lohnanteil des Arbeiters am Gesamtprodukt nach Abzug der Unkosten des Betriebes für die benötigten Rohstoffe, für Maschinen, Abnutzung, Gebäude, geschuligte und kaufmännische Verwaltung ausmacht. Geht dies vernachlässigt und ist es nicht möglich, auch technische Verbesserungen die Mehrausgabe für unangemessene erhöhte Arbeitslöhne wegzumachen, dann verliert der Betrieb, da wird von der Konkurrenz ausgeschaltet und geht zu Grunde. Damit wäre aber den Arbeitern dieses Betriebes nicht gedient. Dies könnte nur dann - in passiver Weise - der Fall sein, wenn der Betrieb kaufmännisch und technisch so schlecht gelaufen würde, daß der volkswirtschaftlich höchstmögliche Lohn in diesem Betriebe höchstens das Existenzminimum darstellen würde. Dann hätten auch die Arbeiter an einem solchen Betriebe kein Interesse mehr. Er könnte ruhig verschwinden und seine bisherige Kundschaft aufmännisch und technisch gut geleiteten Betrieben gleichermaßen überlassen.

Zur Beruhigung aller Unternehmer sei hier aber eingeschaltet, daß der hier vorangelegte übermäßige Lohnanteil des Arbeiters am Arbeitsprodukt in gut oder auch nur mittelmäßig geleiteten Betrieben noch nie zu verzeichnen war. Wegen zu hoher Löhne ist ein solcher Betrieb noch nie zugrunde gegangen. Und gerade heute kann mit Bestimmtheit nachgewiesen werden, daß der Lohnanteil des Arbeiters am Produkt ein ganz besonders niedriger ist.

Bei der Abschätzung der Wertgröße des Arbeitslohnes kommt es nicht allein auf die Zahl der Pfennige an, die ein Arbeiter für eine Stunde oder ein bestimmtes Stück Arbeit erhält, es kommt darauf an, wieviel zum Lebensunterhalt benötigte Ware sich der Arbeiter für diese Pfennige kaufen kann. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Wert des Geldes um 40 Prozent gesunken. Dies drückt sich in den erhöhten Warenpreisen aus. Folglich steht der Reallohn, das heißt: der Lohn gemessen an seiner Kaufkraft, heute bei weitem niedriger als in der Vorkriegszeit. In eine volkswirtschaftliche Klausel gefaßt bedeutet dies: daß der Lohnanteil des Arbeiters am Produkt gesunken, der Preis des Produktes aber trotz dieser Tatsache bedeutend gestiegen ist.

Dieser volkswirtschaftliche Widerspruch, diese Ungerechtigkeit, dieser Betrag an der Arbeiterschaft muß verschwinden. Das nächste Ziel der Gewerkschaften muß demnach sein, für die Arbeiter den Reallohn der Vorkriegszeit zu erreichen. Dabei dürfen wir uns nicht verlocken lassen durch unheilbringende Beschwörungen seitens der Unternehmer, daß wir damit eine neue Inflation und den „endgültigen Ruin“ der Volkswirtschaft herbeiführen. Das ist alles Geschwätz, auch dann, wenn es sich - wie im „Deutschen Arbeitgeber“ - möglichst mit der Logik gefährlicher Wissenschaft ummantelt. Und wenn auf jener Seite gemurmelt wird, die „Berechtheit der Arbeiter“, die Lohnpolitik der Gewerkschaften sei ohne Maß und Ziel, sie verharteten bei ihren Lohnforderungen in den platonischen Wohlgefallen der Inflationisten, so kann dem getrost entgegengehalten werden, daß dies nicht auf die Gewerkschaften, wohl aber auf die Preispolitik der Trusts und Kartelle, vor allem aber auch des Zwischenhandels zurückzuführen ist, dessen Preispolitik vielfach planlos und geradezu wucherlich unverschämte ist. Sonst würde man nicht leider allzuoft in derselben Stadt finden, daß der Preis einer völlig gleichartigen Ware in dem einen Stadtviertel ganz erheblich billiger oder teurer ist als in dem anderen Stadtviertel. Gerade diesen Kreisen hängen noch die Inflationisten ganz gewaltig an. Sie schäufeln auf Kosten der drei- bis vierfachen Volkswirtschaft, ungerechte und unangemessene Gewinne in ihre Geldschüffel, während die Arbeiterschaft ein äußerst gedrücktes Dasein fristet.

Das Bestreben der Arbeiterschaft nach ausreichenden Löhnen ist volkswirtschaftlich richtig und nützlich. Denn ein höherer Lohnanteil des Arbeiters am Produkt hebt die Konsumfähigkeit, erweitert damit den Warenabfah und trägt dadurch zur Befestigung der Wirtschaft bei. Bisher war es so, daß die Gewerkschaften zu tun hatten, die Arbeiterschaft im Lohn so zu stellen, daß sie wenigstens den notwendigen Lebensansprüchen genügen konnte. Nichts ist für die Entlohnung der Arbeiterschaft noch nicht erreicht.

Selbst dieser unteren, völlig unhaltbaren und ungerechten Grenze des Lohnanteils der Arbeiter am Produkt wollen viele Unternehmer nicht entsprechen. Diese Kreise schauen eben nur auf den Profit, mag auch die Arbeiterschaft degenerieren und langsam zugrunde gehen.

Aus all diesen Beobachtungen und Erfahrungen kann die Arbeiterschaft, können die Gewerkschaften nur die eine Lehre schöpfen: Ohne Rücksicht auf das Geschick der Unternehmer über den dann eintretenden „Ruin der Volkswirtschaft“, ohne Rücksicht auf die Beschwörungen der „wissenschaftlichen“ Berater der Unternehmer danach zu streben, daß der Lohnanteil des Arbeiters am Produkt sich über die zur Lebensnotwendigkeit notwendige Mindestgrenze erhebt. Und es darf bei dieser Aufwärtsbewegung des Lohnanteils der Arbeiter am Produkt (sodann) kein Halten oeben. Wer will behaupten, daß die Arbeiter vor dem Kriege auskömmliche Löhne hatten? Die hatten sie damals nicht, heute haben sie sie erst recht nicht. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften läuft letzten Endes darauf hinaus, jedem Arbeiter den unter Berücksichtigung aller mittelbaren und unmittelbaren Betriebsunkosten höchsterreichbaren Gewinnanteil am Produktionsergebnis zu verschaffen. Ist dies erreicht, dann sind wir auch nicht mehr weit von unserem Endziel entfernt. Denn dann wird die Lebensversicherung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit nur noch wie der Schlüssel zu einem Gebäude.

Das ist das Endziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Und je mehr die Arbeiterschaft durch Organisationsstreue und Opfernutt ihre Gewerkschaften stützt und fördert, um so eher wird dieses Endziel erreicht werden!

Wie Reichsbetriebe verschahert werden.

Mit der Gründung der Deutsche Werke A.G. sollte der Versuch gemacht werden, die Idee der Verstaatlichung zu realisieren. Bei Kriegsende war das Reich mit 14 räumlich großen Industrieriesen belastet. Da die ehemalige Produktionsbasis (Waffen, Munition, Gebrauchsgüter für Heer und Marine usw.) zerfällt war, hing es über das ganze Land zerstreuten Betriebe vollständig in der Luft. Nach langen Beratungen entschied man sich ausgangs 1919 zur Gründung einer Aktiengesellschaft, die die Werke in Spandau, Hahnehorst, Kiel, Friedrichsruh, Nürtingen, Erfurt, Kassel, Pilschdorf, Siegburg, München, Ingolstadt, Ulm, Regensburg und Hanau zu übernehmen hatte. So entstand die Deutsche Werke A.G. Alleiniger Aktionär war das Reich. Der Aufsichtsrat setzte sich aus Vertretern der parlamentarischen Parteien, der Industrie und der Banken zusammen.

Als ehemalige Betriebe der Rüstungsindustrie mußten die Unternehmern der Deutsche Werke große Zerstörungen über sich ergehen lassen. Die größten Schwierigkeiten lagen sich aber auf, als man daran ging, eine neue Produktionsbasis zu schaffen. Was bisher hergestellt wurde, war von der Entente verboten. Es mußten also marktgängige Produkte und Artikel des täglichen Bedarfs gesucht und hergestellt werden. Diese Produkte mußten sich nicht nur erst einen Markt suchen, sondern sich auch gegen die konkurrierenden Werke durchsetzen. Es war also nicht leicht, für 14 Betriebe mit einer Belegschaft von 20000 Personen Beschäftigung zu finden. Und doch gelang es überraschenderweise. Die Spezialausstellungen der Deutsche Werke auf allen Weltgrößten Messen zeigten eine seltene Vielseitigkeit auf allen möglichen Produktionsgebieten. Auf manchen Gebieten, so im Motorbau und Kleinautobau, Spinnereimaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, Ölkocher und Dieselmotoren, in der Möbelbranche usw. vermochten die Deutsche Werke A.G. sogar hervorragende Produkte herzustellen. Das Stahlwerk Siegburg brachte es sogar zu einer Produktion von 60000 Tonnenn Stahl.

So waren die Deutsche Werke auf dem besten Wege, der Privatindustrie empfindliche Konkurrenz zu bereiten. Kein Wunder, daß diese den Aufstieg derselben mit scheelen Augen verfolgte. Namentlich die Autoindustriellen erblickten in der Serienfabrikation der Deutsche Werke einen gelungenen Versuch, die Privatindustrie ins Hintertreffen zu setzen. Daß man dieser neuen Konkurrenz, die an einem praktischen Beispiel die Ueberlegenheit des Privatkapitals zeigte, Schwierigkeiten auf allen Gebieten bereite, ist somit nicht verwunderlich.

Der Aufbau der Deutsche Werke A.G. geschah streng zentralistisch. Wenn auch die einzelnen Betriebe über eine gewisse Selbständigkeit verfügten, so lag doch die Leitung letzten Endes in der Berliner Zentrale. Die Zentrale selbst war der großen Holdinggesellschaft Vereinigte Industrieunternehmungen A.G. (Via) Berlin angeschlossen. Die Via besitzt ein Eigenkapital von 132 000 000 Mk. und kontrolliert im Namen und im Auftrag des Reiches Werke der Aluminium- und Stahlfabrikation; ferner Werke und Werke, die im Besitze des Reiches sind. Außerdem

ist der Via und mithin auch die Deutsche Werke dem Reiz der Reichs-Kredit A.-G. angeschlossen. Diese hat sich zu einem achtunggebietenden Faktor in der Finanzwelt entwickelt und sich gegenüber den Großbanken durchzusetzen verstanden. Angesichts solcher Finanzorganisationen und der zur Verfügung stehenden Mittel ist es ersichtlich, daß die Reorganisation der Deutsche Werke aus anderen Gesichtspunkten heraus scheitern mußte.

Die Nachrichten, die jetzt in die Öffentlichkeit gelangen, deuten auf eine Zerlegung der Deutsche Werke hin. Begründet wird diese Maßnahme mit dem Mangel an Kredit. Die zur Durchorganisation der Werke weiter notwendigen Kreditsummen in Höhe von 50 Millionen Mark waren vom Reich als Größtmittel der Werke nicht zu erlangen. Ein Gegenstück zu dem Bewilligungseifer gegenüber der Rüstungsindustrie. Dort wurde mit vollen Händen gegeben, hier muß man noch nicht einmal einen Kredit gewähren, der in eigenen Betrieben produktiv verwendet werden soll. Die erste Tat der Luther-Regierung zur Erdrosselung der in Händen des Reiches befindlichen Industriebetriebe.

Die Deutsche Werke A.G. will nun dazu übergeben, einzelne Werke zu verkaufen. Andere Betriebe sollen an die Länder (in Betracht kommt hier hauptsächlich Bayern) abgetreten oder in Teilen oder ganz an die Privatindustrie veräußert werden. Die Werkbetriebe in Kiel und Nürtingen und die Anlagen in Friedrichsruh scheinen als erste zur Veräußerung an die Privatindustrie in Betracht zu kommen. Und dies, obwohl die Reichsmarine genügend Beschäftigung zu vergeben hätte. Die Möglichkeit liegt außerdem vor, daß das zu großer Zukunft berufene Werk in Ingolstadt an die konkurrierenden Fabrikanten und an die abnehmende Legitimität teilweise veräußert wird. Die durch derartige Verkäufe kreintommenden Mittel will man dann zur Modernisierung der noch vorhandenen Betriebe verwenden.

Die Gesamtstellung der Werke auf nur 29 Millionen Mark Aktienkapital läßt einen außerordentlich scharfen Kapitalschnitt erkennen. Abschreibungen und stille Reserven wurden in großem Umfange gemacht. Sogar noch Schiffe, Fuhrpark und Automobile, Dolanlagen, Hellinge und Nebenanlagen, Modelle, Formen und Werkzeuge usw. nur mit je 1 Mk. zu Buch. Werkzeugmaschinen (45 000 Stück) sind nur mit 1,17 Millionen Mark bewertet. Es scheint fast, als sei der Kapitalchnitt so stark erfolgt, um der Privatindustrie billige Betriebe in die Hände zu spielen. Zu berücksichtigen ist noch, daß die Deutschen Werke hinfür zu allen Steuern, auch der Körperschaftsteuer, herangezogen werden. Bekanntlich erfolgte diese Maßnahme, um die in öffentlichen Besitz befindlichen Betriebe mit der Privatindustrie gleichzustellen.

Gelingt der Verkauf der Deutsche Werke, dann wäre der Wunsch erfüllt, den die „Deutsche Bergwerkszeitung“ am 21. Dezember 1924 in folgenden Worten Ausdruck gab: „Der Umstand, daß auf der dieser Tage in Berlin stattgehabten Deutschen Automobilausstellung ein von den Deutschen Werken hergestellter Gegenput gezeigt wurde, der zu einem überraschend billigen Preise veräußert war, hat die in manchen Industriezweigen herrschende Beunruhigung über den Wettbewerb der Deutschen Werke von neuem wachgerufen und den Wunsch gezeugt, daß diese Firma sich bereitfinden lassen möge, sich mit der Privatindustrie über Preise und Verkaufsbedingungen zu einigen.“

Wohl also die Privatindustrie sich über die „überausend billigen Preise“ der Deutschen Werke beunruhigt fühlte und ihr möglicherweise ein ernsthafter Konkurrent erkam, deshalb muß dieser Reichsbetrieb zerstückelt und der Privatindustrie aus-erliefert werden. So wollen es die Interessenten, und die Regierung hilft ihnen dabei. Für die Schwerindustrie Hunderte von Millionen, für die eigenen Werke nichts! Rückwärts, rückwärts. Don Rodrigo, los von den Schöpfern der Revolutionszeit, Schonung und Stärkung der Privatindustrie, das ist das Ziel, welches die Reichsregierung zu verfolgen entschlossen ist. Die Deutsche Werke A.G. sollte einmal zur Verwirklichung des Sozialisierungsprinzips berufen sein, nur werden sie zerstückelt, weil es die Profitgier und fanatischer Parteigeist verlangt.

Verfassungsreform.

Gewöhnlich glaubt der Gewerkschafter, wenn er das Wort „Bildung“ hört, daß damit Kurse, Wirtschaftskulen, Unterrichtsabende usw. gemeint sind. Nur selten wird daran gedacht, daß Bildungsmaßlichkeiten genügend in jeder, aber auch in jeder Veranmlung vorhanden wären, wenn es die Verwaltung versteht, aus den Zusammenkünften wirklich etwas Schönes zu gestalten. Dazu bedarf es nicht einmal immer großer Anstrengungen, wie ich in den folgenden Zeilen darzulegen die Absicht habe.

Eine wichtige Voraussetzung jeder Veranmlung, die ihren Zweck erreichen soll, ist, daß die Verwaltung alles daraus fernhält, was nach persönlichem Ansatze aussieht.

Diese Dinge gehören in keine Versammlung; die Verwaltung muß selbst sein, persönliche Angelegenheiten einer engeren Körperschaft zu übertragen, wenn sie selbst diese Dinge nicht erledigen will. Wird in einer Mitgliederversammlung Persönliches ausgetragen, so stößt das andere ab; es kann nie eine gute Stimmung aufkommen, und was das Schlimmste ist, kostbare Zeit wird damit vergeudet, außerdem kommen in der nächsten Versammlung die Mitglieder nicht wieder, die solche Art der Ausreden verabschieden.

Unbedingt nötig ist es, das Beginn und Ende der Versammlung nicht zu sehr hinausgezogen wird. Es ist Gift für die Stimmung einer Versammlung, wenn sie etwa erst eine Stunde nach der angelegten Zeit beginnt. Das ist eine gräßliche Unflut, die gar nicht genug gebrannt werden kann. Eine Versammlung soll so angelegt sein, daß nach menschlichem Ermessen alle da sein können; stundenlanges Warten auf die Nachzügler ist eine Beleidigung derer, die pünktlich da sind. Einige Male pünktlich angefangen, erreicht die Versammlungsteilnehmer sehr bald ganz, rechtzeitig zu kommen. So gut, wie im Theater, im Konzert und sonst der Mensch pünktlich sein soll, so gut können wir es auch in der Versammlung verlangen. Der Vorstand muß also spätestens zehn Minuten nach der festgesetzten Zeit beginnen.

Was ebenso wichtig ist, ja was geradezu gefordert werden muß, ist rechtzeitig abbrechen und zu Ende kommen. Kennt ihr jene Versammlungen, wie es doch vorkommt, wo nach zwei bis zweieinhalb Stunden allmählich die Stühle sich leeren und die wichtigsten Beschlüsse oft vor leeren Stühlen gefaßt werden? Es gibt Oppositionsteile, die es darauf anlegen, diese Stunde herbeizurufen, weil sie dann hoffen, nur noch die „professionismäßige“ Opposition in der Versammlung zu haben. Welcher Unfug damit angedichtet worden ist, wie manche gute Sache dadurch schon ins Gegenteil verkehrt wurde, das wissen nur die, die solche Trauerpiele schon mitgemacht haben. Deshalb muß Wert darauf gelegt werden, die Versammlungen zu einer bestimmten Stunde zu beenden. Es ist oft für den Gegenstand besser, es wird in einer anderen Versammlung darüber entschieden, wie in einer solchen halbgelernten Zusammenkunft. Um dies zu erreichen, muß von Anfang an strenge Versammlungsdisziplin geübt werden. Es gehört zu den unklugsten Gewohnheiten, daß im Anfang sich jeder gehen läßt und zum Schluß dann die wichtigsten Dinge durchgepeitscht werden. Deshalb gehört eine gewisse Geschäftsordnung auch für die kleinste Zaffelle, die die Mitglieder beachten müssen, denn es ist ja immer nur zu ihrem Besten.

Es muß zu einer guten Gewohnheit werden, die Tagesordnung immer anzusehen zu gestalten. Was ist das für eine öde Sache, wenn man liest: 1. Berlesen des Protokolls, 2. Kassierung der Beiträge, 3. Bericht über den letzten Ausflug und 4. Verschiedenes. Solche „wichtige“ Tagesordnungen kann man noch in den Großstädten finden, man braucht gar nicht auf das flache Land zu gehen. Ich bin der Meinung, in jede Versammlung gehörte ein kurzer, fesselnder Vortrag als Einleitung. Wo kein Gehalt möglich ist, mindestens der Vortrag einiger padender Gedichte, die dem Tage angepaßt sind. Es muß so die Stimmung der Versammlung gleich gehoben werden. Wo es irgend geht, sollte zu Anfang gesungen werden; wenn es nur ein gutes Quartett ist, das die Teilnehmer künstlerisch padt. Ist so die Stimmung weisevoll eingeleitet, kann ein kurzer, schöner Vortrag immer auf gute Aufnahme rechnen. Die Kräfte und berufsmäßigen Mitglieder finden dann schon fast keinen Boden mehr, mindestens haben sie nicht den Hintergrund, den sie immer finden, wenn die Versammlung gleich mit Berührung und Unruhe, vielleicht sogar mit Strach beginnt.

Eine große Aufgabe und ein verantwortungsvolles Amt hat der Vorsitzende einer jeden Versammlung. Deshalb sollte er nie unvorbereitet in diese gehen. In seinem Kopf muß der Plan der Versammlung festliegen; das zu Beobachtende soll er geistig durcharbeiten. Warum er das tun muß? Ich halte es für die Aufgabe des Vorsitzenden, daß er zu jeder Zeit imstande ist, die Diskussion wieder auf die Höhe zu bringen, wenn sie einmal abgeglitten ist. Er muß dann mit einigen Sätzen sofort den Wagen herumerufen und die Aussprache wieder auf das richtige Geis bringen. Er darf von vornherein keine Abschweifungen dulden und muß vor allen Dingen peinlich darauf bedacht sein, Ver-

fönlisches fernzuhalten. Ein guter Vorsitzender verbringt darin Wunder im kleinen wie im großen und ein schlechter Versammlungsleiter hat es leider in der Hand, das beste Referat und die schönste Diskussion verfallen zu lassen. Deshalb wiederhole ich es als unbedingte Pflicht des Vorsitzenden, daß er den Stoff eingermessen kennt, auch seine Pappentheime im Saale zu nehmen versteht und alles darauf einstellt, der Versammlung einen würdigen Abschluß zu geben. Wie wohlthuend ist es, wenn eine Zusammenkunft geschloffen auseinander geht, anstatt daß sich die Teilnehmer so nach und nach verkrümmen. Hat man die Gewohnheit, daß der Vortrag durch die Aussprache nicht gewonnen kann, ist es besser, man genießt ihn ohne Diskussion, anstatt daß man bei einem Vortrag über Hegels Dialektik bei der letzten Werkstatzperre landet, wie es vielfach vorkommt. Ist aber eine Aussprache nicht zu vermeiden und liegt Verdacht vor, daß sie verhandelt, dann muß der Vorsitzende eingreifen. Er wird die Versammlung meistens auf seiner Seite haben, wenn er es versteht, rechtzeitig abzubrechen. Dazu gehört ein kleines Satzgefüß, und schon dieses ein Beispiel zeigt, welche große Verantwortung der Vorsitzende hat. Er muß ebenso gegen einen Schlußantrag sich einsetzen, wenn er sieht, daß die Frage noch nicht geklärt ist und ein vorzeitiger Schluß der Angelegenheit Schaden bereiten könnte.

Der Vorsitzende darf nie parteiisch sein, auch schadet ein Schuß Humor bei der Geschäftsführung nichts. Ueber manche Aluppe rettet sich der Leiter, wenn er zur rechten Zeit ein Wort aus guter Laune findet. Auch dazu gehört ein feiner Takt und Fingerspitzengefühl, um die Stimmung der Versammlung günstig zu beeinflussen. Im Einzelheiten möchte ich dabei nicht schwelgen, es ist klar, daß hier noch viel gesagt werden könnte.

Alles das, was ich ausführte, gehört unbedingt unter das Kapitel „Bildung“, denn wir wollen ja in den Versammlungen das, was uns alle bewegt, zum Ausdruck bringen, wollen es zu Beschlüssen verdrängen. Dazu gehört aber mehr als nur ein Handzettel: „Kommt in die Versammlung, es stehen wichtige Dinge zur Beratung.“ Dazu gehört eine Technik, von der ich glaube, einige ganz kleine Proben gegeben zu haben.

Wird eine gut verkaufene Versammlung wieder mit einigen Dichternwörtern geschloffen, die den Versammlungsleiter noch einmal hoch hinaus führt in die Gehirnwelt, dann wird die Zusammenkunft kleibenden Wert für ihn haben, er wird gern wiederkommen, weil er einen Genuß mit nach Hause genommen hat statt eines bitteren Geknarrns.

Viele werden sagen, ja das ist alles ganz schön, aber in der Praxis läuft es anders. Nun, ich weiß, daß nicht alles in jeder Versammlung durchgeführt werden kann, aber nach und nach sollten wir doch diesen Dingen mehr Aufmerksamkeit schenken, und darauf kommt es mir an.

Die Reform unserer Versammlungen ist ein so wichtiges Gebiet auf dem Wege zur Bildung und zum Wissen, daß wir da recht bald und recht gründlich anfangen müssen. Hier kommen wir an die Wurzel manches Übels.

Ich bin sogar der Meinung, daß wir Versammlungsleiterkurse haben müßten, wo eine gründliche Ausbildung erfolgt, wo nebenbei auch eine gewisse sprachliche Bildung nichts schaden könnte; ich halte es für wichtig, daß auch darin besseres gelehrt werden müßte. Doch darüber sprechen wir noch.

Th. Thomas.

Die Statistik der Dummheit.

So nennt Erich Gottgetreu im „Vorwärts“ eine statistische Feststellung über die deutschen Tageszeitungen, die das „Anstich für Zeitungslust“ an der Universität in Berlin nach dem Zeitungscatalog von Rudolf Woffe getroffen hat. Das Ergebnis ist bescheiden. Aus fast 3000 Kanälen wird dem deutschen Volk des Gift der Dummheit und Verblöschung eingepumpt, ohne daß es davon etwas merkt. In Deutschland gibt es 3168 Tageszeitungen, unter ihnen sind rund 150 sozialdemokratische Blätter. 496 Zeitungen beugen ihre Gesinnungslosigkeit ebenso einfach wie bedeutungsvoll durch einen Strich an. 1134 Blätter nennen sich parteilos, 108 bürgerlich, 33 rechtsstehend, 104 deutschnational, 227 na-

tional, was scheinbar besser klingt, 14 vaterländisch und eine benannt sich „vaterländisch-national“ — wer kann das schon anders sein als die „Belziger Neuesten Nachrichten“? Hingegen kommen noch viele Splitter, ferner die mehr oder minder offiziellen Parteizeitungen. Deutschvolksparteiell nennen sich interessanterweise nur 43, demokratisch 95, zum Zentrum bekannten sich 281 Blätter. Rechnet man nun noch auf der anderen Seite die ehrlich und verständig kommunistischen Zeitungen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbild von 80 (!) verschiedenen Gruppen.

E. G. erhebt die Frage, wer ist schuld an dieser katastrophalen Zersplitterung, an der die deutsche Arbeiterkraft in keiner Hinsicht ein Interesse haben kann? In gar keiner Hinsicht, da die eben doch nur scheinbare Zersplitterung auf der bürgerlichen Seite einer betrogenen Leserschaft zwar vieles, nichts aber dem einzig und allein zu bekämpfenden Kapitalismus schaden kann. Sichert sich doch der schwerindustrielle Kapitalismus durch jene Hübenberger stets nach, was er will. Alle rechtsbürgerlichen Blätter, gleichgültig, ob sie sich nun auf vorläufig absehbare oder unabhöbliche Zeit auf ihn vorbereiten Boden der gegebenen Tatsachen stellen, sind hierfür verschieden in der Schattierung, ähnlich meist in der letzten Tendenz, nämlich einander gleich in ihrer gegenläufigen, verheerenden und, was das Schlimmste ist, in ihrer verdummenden Wirkung.

Noch einmal: Wer ist schuld? Nun, einmal sind es natürlich die, die von jeder gewohnt sind, andere für sich denken zu lassen; andere — und wenn es ein Hoffschranke ist in der „Volk-Anzeiger“-Redaktion. Schuld ist das beherrschende Bürgerium, das, wenn's weit kommt, am Stammtisch einmal über „Reformen“ diskutiert, das aber von den Sozia, die in Vernehmung der nationalen Belange“ Umschichtung und Umgestaltung der Wirtschaft erstreben, nichts wissen will. Schuld sind aber auch jene Zahllosen, die ihrer ganzen sozialen Lage nach zum Proletariat gehören, aber doch schon in solchem Maße verhabtlergerichtet sind, daß sie die farblose und oberflächliche Generalanzeigerpresse lesen, die gerade deshalb so gefährlich ist, weil man ihr nicht sofort die anti-proletarische Einstellung anmerkt. Mit dem Worte „Volksgemeinschaft“ geben alle diese Nachrichtenblätter hauffieren, die Phrase klingt großartig und verpflichtet zu nichts. Volksgemeinschaft — freier Eintritt! Die Besucher werden sich wundern! (Ach nein, die wenigsten merken etwas. Und wundern tut sich kaum einer.)

Wann wird es besser? Wann ist das deutsche Wesen so, daß man sich seiner für die „Volksgemeinschaft“ typischen Neuerungen nicht mehr zu schämen braucht?

Beseigt die Dummheit, beseigt die eigene Dummheit, die welche die eigenen Wegger sich wählt! Dann endlich seid ihr auf dem Wege, der zur Sonne, zur Freiheit uns führt!

Sallo, Sinnes!

Eine interessante und lehrreiche Lektüre bildet der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht für 1923/24 der Deutsch-Luguburgischen Bergwerks-A.G. (Bodum), einer zum Sinneskonzern gehörigen Unternehmung. Nach Darlegung der inneren und äußeren Beschaffenheit des Betriebes werden folgende Sätze:

„Das Ergebnis waren die bekannten sog. Micumverträge, die gerade vom Kohlenbergbau und der eisenschaffenden Industrie für gewaltige Opfer forderten. Diese Leistungen bewirkten sowohl beträchtliche Substanzverluste als eine ständig wachsende finanzielle Spannung, die in ihrer Auswirkung, durch die jedes früher gefasste Maß überschreitenden Sätze für Gehalt, ständig gesteigert wurden.“

Das ist alles, was der Bericht über die Inflationsstrebte, Lohnsicherungen und andere Maßnahmen während des Ruhrkampfes zu sagen für nötig erachtet, d. h. es wird über diese ganzen Dinge mit zwei lapidaren Sätzen hinweggegangen. Aber es kommt noch besser! Während nicht nur die standalösen Abfindung der Ruhrindustrie, die auf Kosten des schwer für Hungerlöhne arbeitenden Volkes oder dessen Kopf hinweg erfolgt ist und deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind, Erwähnung getan wird, scheint man sich nicht, im Anschluß an eine Bemerkung über „ständig steigende Ausgaben für Löhne und Gehälter“ Klage zu führen über „mangelnde Arbeitsleistung“. Auch wird der Arbeiter-

Von New York nach Mexiko.

Von Peter Grafmann, Vorsitzender des DDB, und Mitglied des Reichstags.

II.

Soweit die amerikanischen Verhältnisse. Von El Paso, im Südwesten der USA, führte uns unser Weg nach Mexiko-Stadt. Die Fahrt offenbart schon die ganz andere wirtschaftliche Struktur Mexikos gegenüber den USA. Zeitig Nordamerika einen Ueberfluß an wirtschaftlichen Hilfsmitteln, deren Ausbeutung mit Hilfe einer weit vorgeschrittenen Technik und einer qualifizierten Industriebevölkerung in einem riesigen Umfang im Gange ist, so genügen wenige Tage Aufenthalt in Mexiko, um zu sehen, daß die wirtschaftliche Aufschwüfung des Landes auf bedeutende Schwierigkeiten stößt. Die Ursachen liegen zum Teil in den natürlichen Verhältnissen. Mexiko ist Hochebene, der vor allen Dingen die nötige Bewässerung fehlt. Hier tun Anlagen von Staudämmen not, um die Agrikultur in einem Lande, das sonst guten Boden hat, zu entwickeln. Dem steht aber der Mangel an Kapital entgegen. In dieser Beziehung wirkt sich die Ausbeutungspolitik der früheren Besitzergreifer des Landes, der Spanier, immer noch aus. Außerdem ist die Beschäftigung des Landes, die sich immer wieder um die Bodenverteilung dreht, immer noch nicht abgeschlossen, so daß der unbedingte Besitz der Produktionsmittel, der erst eine konzentrierte Arbeit genähert, nicht endgültig geregelt ist. Der eingeborenen Bevölkerung steht wohl ein ganz guter Boden zur Bearbeitung zur Verfügung, aber es ist Saatgut, Geld, Ackergerät und Vieh nicht in genügender Maße vorhanden. So erklärt sich z. B. die Verzögerung in den mexikanischen Stätten. Die Lage wird dadurch verstärkt, daß Mexiko keine Arbeiterkraft in europäischen oder nordamerikanischen Sinne hat. Die Entlastungsmöglichkeit für mexikanische Arbeiter und auch des mexikanischen Proletariats leidet heute noch unter dem Ueberfluß, den ein deutscher Arbeiterführer vor Jahren in Hinsicht auf die deutsche Arbeiterkraft als verdammted Bedürfnislosigkeit bezeichnet hat. Ohne weiteres steht die Behauptung der ein-

breiten Bevölkerung dem wichtigsten Grundgesetz moderner Wirtschaftsführung, der Kontinuitätlichkeit der Arbeit, entgegen. So ließ ich mir sagen, daß mexikanische Arbeiter, die im Aktord beschäftigt wurden, es ablehnten, den sechsten Tag in der Woche zu arbeiten, da sie in fünf Tagen schon verdienen, um von der Hand in den Mund zu leben. Ein Bedürfnis in der Art des nordamerikanischen und europäischen Arbeiters nach einer besseren Lebenshaltung, Beschaffung von besseren Kleidern und Schuhen und vorzüglichem Genuß besteht fast nur bei der Einwohnerchaft der Städte.

Bei der ganzen Beurteilung der mexikanischen Frage müssen die politischen Unruhen, denen das Land schon seit einem Jahrhundert ausgegesetzt ist, berücksichtigt werden. Mexiko, das alte Oztland, birgt heute noch ungeheure Schätze an Kupfer und Petroleum. Sie sind der Zankapfel des internationalen Kapitalismus. Man kann ruhig sagen, daß Mexiko in den letzten Jahrzehnten keine Revolution erlebt hat, in der die Mesentrübs nicht ihre Finger legend wie im Spiele hatten. Besonders ist es der amerikanische Kapitalismus, der Mexiko mit seinen Vorkapitalen zu umschlingen und dem mexikanischen Staat die wertvollsten Teile des Landes zu entreißen droht. So ist Mexiko einer der Hauptpunkte des Riesenstampfes, der die Welt seit Jahren durchtobt.

In diesem Kampf besitzt der mexikanische Staat ein Aktium in dem Unabhängigkeitsthum und der Freiheitsliebe des gesamten mexikanischen Volkes. Ein Beispiel dafür: Während der letzten amerikanischen Invasion bewaffneten sich die Gewerkschaften, zogen mit ihren Gewerkschaftsführern als Kommandeure an der Spitze zur Sicherung der Grenze aus und kämpften gemeinsam, unter besonderen Beweiskraften, Schulter an Schulter mit dem übrigen mexikanischen Volk. Aber die intellektuelle Schicht, in deren Hand heute die Regierung Mexikos liegt — zu ihnen gehört auch der Präsident Calles, der im vorigen Jahre in Berlin weilte und mit den deutschen Gewerkschaften Beziehungen anknüpfte — weiß, daß die Gefahren damit nicht überwunden sind. Sie sind davon überzeugt, daß Mexiko nur

dann Widerstand leisten kann, wenn es aus sich und seinen reichen wirtschaftlichen Voraussetzungen heraus neue Kräfte entwickeln kann. Mexiko hat heute eine Bevölkerung von 12 Millionen Menschen, darunter fast etwa 5000 Deutsche, die im mexikanischen Wirtschaftsleben eine beachtliche Rolle spielen.

Für eine Auswanderung nach Mexiko sei aber folgendes gesagt: Es treiben sich in den mexikanischen Hafenstädten viel wirtschaftlich schiffbrüchige herum. Für abgetakelte Offiziere und Mutterlöhnen ist in der mexikanischen Welt eben kein Platz. In Frage kommt barte Landarbeit. Aber als Kulturpionier wie die Eingeborenen des Landes leben kann, wer mehr und härter arbeiten will als in Europa, dem kann man raten, nach Mexiko zu gehen. Wer ein Stück Geld oder Beziehungen besitzt und irgendwo in diekten Lande Anschließungsmöglichkeit in der Nähe der wenigen und ungenügenden Verkehrsmittel findet, um seine Produkte abzusetzen, hat immerhin die Möglichkeit, sich in absehbarer Zeit eine wirtschaftliche Position zu schaffen. Es ist immer in Auge zu behalten, daß auf Cuba und in den süd- und mittelamerikanischen Hafenstädten Tausende von Deutschen zugrunde gehen, weil sie ohne genügende Hilfsmittel eingewandert sind und den für sie neuen und schwereren Verhältnissen hilflos gegenüberstanden.

Der Bericht wäre wohl nicht vollständig, wenn er nichts von der Trockenlegung Amerikas brächte. Nach meiner Ansicht ist die nordamerikanische Prohibition dahin zu beurteilen: das Antitrunkgesetz hat nicht verhindern können, daß nicht Leute, die Geld und Beziehungen besitzen, sich Alkoholika in bescheidenen Mengen und Qualitäten beschaffen können. Es wird also heute noch, in und um Illinois gesündigt. Nichtsdestoweniger verdient Erwähnung, daß uns prominente Gewerkschaftsführer versichern, die Prohibition habe außerordentlich vorteilhaft die Arbeiterbewegung beeinflusst, so daß eine Volksabstimmung die Sanktionierung der „Prohibition“ ergeben würde.

Wenn man mich fragt, was in Amerika den Meisten Eindruck auf mich gemacht hat, so sage ich: das Lincoln Memorial in Washington. Diese Gedächtnisstätte für den

jedes Gewerkschaftsmitglied wolle einen wöchentlichen Beitrag von nur 2 Pf. leisten, dann sei die Erfüllung weiterer Bestrebungen der Arbeiterwohlfaht wirksam unterstützt. Reichen Beifall erntete Genosse Lübbmann für seine feindlichen Ausführungen. Von einer Ausprache wurde Abstand genommen, die Regelung des Wohlfahtbeitrags dem Vorstand überlassen. Zum weiteren Tagesordnungspunkt „Anträge zum Verbandstag“ wurde beschlossen, die Ausarbeitung von Anträgen dem Zahlstellenvorstande unter Einziehung einiger Kollegen und Kolleginnen zu überlassen und der nächsten Versammlung zum Beschluß vorzulegen. Nach kurzen Ausführungen unter Punkt „Verständenes“ wurde die Versammlung gegen 9 Uhr geschlossen. Nächste Versammlung voraussichtlich am 6. April mit einem Vortrag des Köfner Stadtrates Dr. Braubach über: „Rörper- und Gesundheitspflege“, zu der auch die Frauen unserer Kollegen eingeladen werden.

Leipzig. Am 5. März 1925 fand eine Versammlung der Schrittgewerkschaft in der „Harmonie“ statt, welche überfüllt war. Kollege Beyer unterbreitete den Versammelten die Anträge der Unternehmer zum kommenden Tarifverhandlungen am 9. März 1925, welche allgemeine Empörung hervorriefen. Der Kollege Bahn sowie der Kollege Grünthal verfielen auf die bisherigen Erfolge der Organisation, nur durch festes Vertrauen zur Organisation wären weitere Erfolge möglich. Nachstehende Entschädigung wurde einstimmig angenommen:

„Die am heutigen Tage versammelten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Leipziger Schrittgewerkschaft protestieren gegen die beachtlichen Verschlechterungen lohnlicher Art. Sie erklären, daß sie unter keinen Umständen einen Abbau hinnehmen werden, das um so mehr, als man die Arbeit der Schrittgewerkschaftler zu unrecht mit Hilfsarbeit bezeichnet. Die Hilfsarbeiterarbeit fühlt sich stark genug, unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel ihre berechtigten Interessen zu wahren.“

Aus der kurzen sachlichen Diskussion konnte man erkennen, daß die zu 100 Proz. organisierten Schrittgewerkschaftler und -arbeiterinnen den Kampf nicht fürchten, wenn die Unternehmer einen solchen heraufbeschwören wollen.

Am Schluß der Versammlung wies der Kollege Beyer noch darauf hin, daß nur den Weisungen der Organisation Folge zu leisten sei, unüberlegte Handlungen im bevorstehenden Kampfe sind unbedingt zu vermeiden. Mit einem Appell, weiter treu zur Organisation zu stehen und an deren Auf- und Ausbau mitzuhelfen, wurde die gut verkaufte Versammlung geschlossen.

Zwidau. In der sehr gut besuchten Generalversammlung am 18. Februar 1925 gab der 1. Vorsitzende den Jahresbericht vom abgelaufenen Geschäftsjahr. In ausführlicher Weise schilderte er die Tätigkeit der Ortsverwaltung und ging auf die persönlichen Verhandlungen und Eingaben an die Prinzipale ein. Auch eine Klage mußte beim Gewerbegericht eingereicht werden. Den Versammelten wurde vor Augen geführt, was sie von den Herren Prinzipalen zu erwarten haben, wenn sie nicht eine geschlossene Organisation bilden. Die Verhandlungen haben den Beweis erbracht, daß die Vertreter der Prinzipale niemals zu Lohnaufbesserungen zu bewegen waren. Immer mußte das Reichsarbeitsministerium eingreifen. Auch die Verhandlungen über den neuen Reichstarif sind erst auf Grund des Schiedsvertrages des Zentralgeschäftsamtes zum Abschluß gekommen. Aus diesen Vorgängen muß die gesamte Mitgliedschaft die Lehre ziehen, daß nur etwas erreicht wird, wenn alle reiflos der Organisation angehören. In der sich anschließenden Aussprache wurde der Kollege Stopp auf ihre Anfrage mitgeteilt, daß die entfallenden Gerichtskosten von 3 Mt. von der Lokalfasse getragen wurden. Der Vorsitzende erläuterte dann in ausführlicher Weise den Reichstarif. Das Anpassen des gedruckten Reichstarifs wurde den Mitgliedern warm empfohlen. Der Reichstarif gab Anlaß zu einer ausgedehnten Debatte, an der sich die Kolleginnen Stopp, König und Kollege Fischer beteiligten. Dann ging man zu den Neuwahlen über, die folgendes Ergebnis hatten: 1. Vorsitzender Käseberg, 2. Vorsitzende Stopp, Schriftführerin Heilig, Revisoren Müller, Riesel, Raffner Anderheil; Ortsauschuß Käseberg, Stopp; Graphisches Kartell Müller, Wagner. Darauf wurde beschlossen, die Diätenfasse für Ortsauschuß- und Vorstandstätigkeiten auf 1 Mt. bzw. 60 Pf. zu erhöhen und für die Unterfasserer Geldbeutel zur Verfügung zu stellen. Weiterhin wurde bekannt gegeben, daß der am 21. Februar stattfindende Bauernabend verschoben werden mußte. Um Irrtümer zu vermeiden, wurde die einmalige Abfindung von Krankengeld aus der Lokalfasse nochmals zur Ausprache gebracht. Der Kassierbericht wird in der nächsten Versammlung bekanntgegeben werden.

Rundschau.

Gustav Eißler gestorben. Der frühere Bundesstärker der Buchdruckerverbände, Gustav Eißler, ist am 3. März plötzlich verstorben. 30 Jahre lang führte er sein schweres Amt als Kassierer des Verbandes, er hat sich während dieser Zeit viel Sympathien bei allen Berufsgenossen erworben. Auch wir sind dem Verstorbenen, der 55 Jahre dem Verband angehört hat und seit Mai 1921 im Ruhestand lebte, zu Dank verpflichtet. Sein Rat ist unserer Organisation oft gute Hilfe gewesen. Kollege Eißler hat das hohe Alter von 78 Jahren erreicht. Er war in jungen Jahren Vorsitzender des Breslauer Buchdruckervereins, später Vorsitzender des Berliner Gewerkschaftsvereins, er stand also immer im Dienste der Allgemeinheit seiner Berufsgenossen und hat seine Pflicht als Gewerkschaftler stets richtig erkannt. Streben wir dem Alten nach, so können wir sein Andenken am besten ehren.

Otto Sillier gestorben. Wieder ist einer von den Alten, den Pionieren der Gewerkschaftsbewegung, für immer von uns geschieden, der ehemalige Verbandsvorsitzende der Lithographen und Steindruck, Otto Sillier. Von 1893 bis 1919 arbeitete er als Leiter dieses Verbandes und war ausgeglichen für seine Berufsgenossen tätig. Wir können ihn in seiner Tätigkeit, die auch uns oft von Nutzen war, und sind ihm dankbar schuldig. Kollege Sillier war ebenfalls Sekretär des Internationalen Berufssekretariats der Lithographen und Steindruck und hat auch dieses Amt in anerkannter Weise versehen. Der Verstorbenen war nicht allein nur Vorsitzender seiner Berufsorganisation, er stand auch seinen Mann in der allgemeinen Arbeiterbewegung. Seine selbstlose Tätigkeit sichert ihm ein ehrendes Andenken in der Arbeiterchaft.

Trübe Erfahrungen können unsere Unternehmen: im Buchdruckgewerbe mit gewissen Auftraggebern gemacht zu

haben. Sie sehen sich sogar veranlaßt, vor diesen faulen Kunden zu warnen und wollen sich vorher verständigen, ob sie noch Druckaufträge von diesen fauligen Jahren annehmen können. In der „Zeitschrift“ Nr. 19 lesen wir:

„Der Wahlkampf zur Neuwahl des Reichspräsidenten wird auch den Druckereien neue Arbeit bringen. Wir machen aber auch hier wieder darauf aufmerksam, daß es zweckmäßig ist, sich wie bei den Reichstagswahlen orts- und bezirksweise über diejenigen Parteien zu verständigen, die ihre Druckarbeiten des letzten Wahlkampfes noch nicht bezahlt haben, damit neue Verluste vermieden werden.“

Das ist gut so. Noch besser wäre es allerdings, wenn die Buchdruckereien von solchen Parteien überhaupt keine Aufträge annehmen würden, die mit Lügen und schmutzigen Verleumdungen gegen ihre Gegner zu Felde ziehen, also einmal die Deffenlichkeit und dann den Drucker betrügen.

Das Pfeifen des armen Mannes und sein Glas Bier sind das Ziel eines weiteren Attentats der Reichsfinanzbehörde. Die Biersteuer soll hierfür 125 Millionen Mark und die Tabaksteuer 220 Millionen Mark mehr als bisher einbringen. Die Vorlage der Regierung begründet diese neue Belastung des Massenkonsums mit folgenden Worten: „Die Besteuerungen bieten zur Steigerung der Einnahmen ein geeignetes Objekt nicht mehr, und zwar um so weniger, nachdem es erforderlich geworden ist, aus der hier aus Notverhältnissen erwachsenen Ueberpannung der steuerlichen Belastung herauszutreten. Es bleibt nur übrig, auf die in den Verbrauchssteuern liegenden Reserven zuzugreifen. Zur Deckung des Finanzbedarfs erscheint die steuerliche Heranziehung des Verbrauchs von Genussmitteln: Bier und Tabak, die nach der auch vom Reichstag anerkannten Begriffsuntercheidung zum entbehrlichen Verbrauch zu rechnen sind, vertretbar und geeignet. Maßnahmen in dem erforderlichen Ausmaß zu schaffen.“

Die Besteuerungen bieten also nicht mehr ein geeignetes Objekt der Besteuerung, nachdem die Höchstgrenzen der Progression so süßlich herabgesetzt wurde. Nun, da der Befehl entlastet wird, muß der Massenkonsum heron. Die Biersteuer wird schlankweg verdoppelt. Um die Tabaksteuer voll zur Auswirkung kommen zu lassen und außerdem den heimischen Tabakblättern geltende Zollsaß von 30 auf 80 Mt. vorgeschlagen, wodurch sich die Verteuerung der Produkte weiter erhöht. Man muß es der Regierung Luther-Schelte lassen: sie geht aufs Ganze.

Beitrags- und Unterfütterungsregelung bei den Buchbindern. Der Beirat des Buchbinderverbandes hat mit großer Mehrheit beschlossen, die Verbandsbeiträge und Unterfütterungssätze ab 29. März zu erhöhen. Die Beitrags-erhöhung beträgt für die ersten drei Beitragsklassen 5 Pf. und für die 4. und 5. Klasse 10 Pf. wöchentlich, so daß vom genannten Termin im Buchbinderverband ein wöchentliches Verbandsbeitrag von 25 Pf. bis 1 Mt. erhoben wird. Dazu kommen noch die Ortsbeiträge. Die Arbeitslohnunterfütterung beträgt im Höchstfalle 1,50 Mt. täglich.

Gegen die Verleumdungsjuden richtet sich die „Gewerkschaftszeitung“ mit folgenden Worten:

Wir leben in einer Zeit, in der der politische Kampf gegen Republik und Demokratie bis zur Verdrängung des Gegners geführt wird. Eine Heißung behaupteten Parabelstumpfs, Handgranaten und Blaufärberei in diesem Kampf die Oberhand. Jetzt bedroht die verehrte Gegnerschaft der republikanischen Entwicklung die schmutzige Waffe der Verleumdung. Aus dem Sumpfe der Inflation werden einige typische Schiebergrößen an den Pranger gestellt und deren geschäftliche und persönliche Beziehungen zu aller Welt mit einem Eifer durchsucht, als gäbe es, dem gesamten Schiebertum den Saraus zu machen. Die Fälle Kautzer und Barmat scheinen den Feinden der Republik dazu auch besonders geeignet. Drei Untersuchungs-ausschüsse im Reich, in Preußen und in der Stadt Berlin sind unausgeseht tätig, um die Anlagen zu unterfuchen. Was Kautzer an Ergebenissen bekannt geworden ist, befaßt indes in der Hauptsache alte Beamte, die schon dem monarchistischen Regime gedient hatten. Aber außerhalb der Untersuchungsausschüsse kriecht die Verleumdungsjuden immer weiter und vergißt das öffentliche Leben in der gefährlichsten Weise.

Auch die Gewerkschaften haben ihre Feinde, die in der Wahl ihrer Waffen sich keinerlei Strumpf machen. Von kommunistischer Seite ist schon wiederholt behauptet worden, daß in den Barmat-Standal auch Gewerkschaftsleitungen verwickelt wären und daß insbesondere die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Mitteleidenschaft gezogen wäre. In gewerkschaftlichen Versammlungen sind deshalb auch mancherorts Ansetzen um Auflösung an die Ortsverwaltungen und Ortsauschüsse gerichtet und der Wunsch geäußert worden, dieser Verleumdungstampaagne scharf entgegenzutreten. Der Bundesvorstand hat zunächst bei den Verbandsorganen eine Umfrage gehalten, weil es immerhin denkbar war, daß die Barmats bei ihren vielseitigen Geschäftsverbindungen auch versucht hätten, sich an Gewerkschaften heranzumachen. Die Umfrage ergab, daß kein einziger unserer Verbände jemals mit den Barmats in irgendwelchen Beziehungen gestanden hat oder gegenwärtig in solchen steht.

Was die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten betrifft, so ist diese geschäftlich genötigt, mit vielerlei Geschäftsleuten in Verbindung zu treten. Ihr Verkehr mit den Barmats beschränkt sich indes auf einen einmaligen kurzfristigen Kredit von 300 000 Mt. gegen ausreichende Sicherheiten der auch pünktlich zurückgezahlt worden ist. Weitere Geschäfte irgendwelcher Art hat die Bank mit dem Barmats nicht gemacht. Eine Mitteleidenschaft mit dem Ausgang der Barmat-Krisis kann also für sie nicht in Frage kommen.

Wir bitten unsere Genossen, an Hand dieser Mitteilungen allen Anzweifeln auf die Gewerkschaften und ihre Bank auf das nachdrücklichste entgegenzutreten.

Ein Protest der freigewerkschaftlichen Solpensverbände gegen die steuerliche Belastung der breiten Massen sagt u. a. folgendes:

„An Lohn- und Gehaltssteuer wurden im Monat März des vorliegenden Jahres 71 Cobmillionen Mark erhoben. Im Juni waren es schon 96 Millionen, im Oktober 114, im November 119, im Dezember des vorliegenden Jahres und im Januar 1925 sind es jetzt 126 Cobmillionen Mark gewesen! Wie von uns vorangetragen, ist die Erhöhung der steuerlichen Lohnbeiträge von 50 auf 60 Mt. monatlich an den Reichseinnahmen spures verübergangen.“

Die Umsatzeiner hat im Januar den ungeheuren Ertrag von über 200 Millionen Goldmark ergeben. Die Zolleinnahmen in Höhe von 52 Millionen Mark für den jüngst vergangenen Monat sind rund 30 Proz. der veranschlagten Jahreserinnahme!

Der Reichsregierung ist ihre Liebesgabenpolitik zugunsten der Ruhrindustrialien nur durch eine beispiellose und ohne jede soziale Rücksicht vorgenommene Belastung der breiten Massen des Volkes möglich geworden. Setzt hat die Reichsregierung durch die neue Gesetzesvorlagen die „Steuerreform“ angeht. Eine Durchprüfung der Entwürfe ergibt, daß sie auf eine standhafte Begünstigung des Reiches abzielen. Man spricht von einer sogenannten vereinfachten Veranlagung für die Einkommen- und Vermögenssteuern, die Staffeln soll für die großen Vermögen und Einkünfte günstiger werden als bisher, die Befristung der Landwirtschaft möge man durch ein besonders landwirtschaftliches Organ vornehmen, die Kapitalversteuern werden auf den Friedensfuß herabgedrückt, die Erbschaftsteuer bleibt in ihrer vollen Udenhaftigkeit bestehen, — das sind die Steuerreformpläne der Regierung! Soweit zu ihnen bisher schon die Begründungen gegeben worden sind, strotzen sie von Entschuldigungen darüber, daß den Besitzenden im vergangenen Jahr eigentlich zu viel Steuern abgenommen worden seien, obwohl unbefristbar feststeht, daß die Besteuerungen in erheblichem Umfange auf die breite Masse abgewälzt wurden.

Die Regierung wagt es, den Arbeitnehmern als einzige Erleichterung ihrer steuerlichen Last anzubieten, daß derjenige, der mehr als vier Kinder ernähren muß, für das fünfte und jedes weitere Kind in Zukunft 2 Proz. statt 1 Proz. in seiner Steuerrechnung einlegen darf. Da die Regierung in ihren Entwürfen und auch bei deren Begründung nicht einmal von einer Herabsetzung der Umsatzsteuer gesprochen hat, so ist anzunehmen, daß sie glaubt, durch späteres Entgegenkommen auf diesem Gebiet den Volksprotest ablenken zu können.“

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Wirtschaftlicher Unverstand und politische Reaktion vereinigen sich, um die Konsumkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der breiten Masse des Volkes, das letzte Fundament unserer Wirtschaft, zu untergraben. Wir fordern unsere Mitglieder auf, zur Abwehr zu rücken!“

Der 1. Mai 1925 als Anti-Kriegs-Tag. Der Ausschuß des IGB hat beschlossen, im Jahre 1925 von einem besonderen Anti-Kriegs-Tag abzusehen und dafür bei der Feier den Friedenswillen der Arbeiterchaft ganz besonders in den Vordergrund zu stellen. Der 1. Mai war immer der Betonung internationaler Zusammengehörigkeit geweiht; im vergangenen Jahre, 10 Jahre nach Ausbruch des Weltkrieges, war es nötig, einen schärferen Ausdruck des Hasses gegen den Krieg und des Willens zu einem friedlichen Zusammenarbeiten zu finden und deshalb wurde der besondere Anti-Kriegs-Tag am 21. September beschlossen und in der ganzen Welt durchgeführt. Ob späterhin wieder ein besonderer Anti-Kriegs-Tag veranstaltet werden soll, kann späteren Entscheidungen vorbehalten werden; in diesem Jahre soll der 1. Mai unser Anti-Kriegs-Tag sein.

Abrechnungen und Geldsendungen für die Hauptkass.

Für das 4. Quartal gingen bis zum 7. März aus Köln für Gau 1: 3496,03 Mt., aus Dresden für Gau 5: 4633,51 Mt., aus Breslau für Gau 7: 513,62 Mt., aus Magdeburg für Gau 8: 576,14 Mt. ein.

Gleichzeitig gingen aus den genannten Zahlstellen die Schlußabrechnungen des 4. Quartals ein.

Für das 1. Quartal 1925 gingen ein aus Hannover 1. Rate 2315 Mt., aus Bielefeld 1. Rate 1435 Mt.

Berlin, den 7. März 1925. H. Labach.

Briefkasten.

W. in G. Bis 1. April sind im ganzen 135 Mt. zu zahlen. — A. in B. ist nicht zu verwenden. Aber warum denn nicht. Besuchen Sie daselbst im ungetriebenen Grade zu fassen. — A. in B. ist nicht zu verwenden. Die beim Verbandsvorstand bestellten Frauenzeitungen sollen 8 Pf. le Exemplar und sind direkt an den Verbandskassierer zu zahlen.

Das Volk weiß, daß es bei seinen Vertretern etwas viel Wichtigeres als bloßes Talent fordern muß, nämlich die Kraft, ihr Talent vertrauenswürdig zu machen.

Ralph Waldo Emerson.

BERLIN.

Steindruck. Am Freitag, den 13. März 1925, nachmittags 5 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Altagdruckenstr. 44:

Funktionär-Versammlung

Tagesordnung:
„Bericht von den Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß“
Erscheinen aller Funktionäre notwendig.
Der Vorstand, G. Großmann.

Unserem lieben Kollegen Richard Schmidt in Firma „Schlesische Volkszeitung“ zu seinem 25-jährigen Geschäfts- und Berufs Jubiläum die besten Glückwünsche.

Zahlsstelle Breslau.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser lieber Kollege
Heinrich Godbersen
(i. Sa. Schlesische Volkszeitung) im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Kiel.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulze Charlottenburg Merckelstraße 10. Fernruf: Amt Breslau 1328. Berlin: S. Ebdahl, Charlottenburg. Druck: Reichs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. 88.